

LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun zum Mindestlohn:

„Gefühlte Gerechtigkeit mit erlebter Arbeitslosigkeit erkaufte“

LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun warnt vor der Einführung eines Mindestlohnes und weist auf seine beschäftigungsfeindliche Wirkung hin: „Mindestlohn macht arbeitslos – leider ist diese Wahrheit so einfach.“ Es sei eine einfache Rechnung: Ein Arbeiter könne nicht mehr Lohn bekommen, als dieser mit seiner Hände Arbeit auch erwirtschaftete.

Das sei im Einzelfall durchaus bedauerlich, aber hier stehe nicht die Wirtschaft, sondern der Sozialstaat in der Pflicht: „Aufstocken ist keine Schande, sondern eine Alternative zur Arbeitslosigkeit.“ Leider würden die Aufstocker vielfach als Argument für die Notwendigkeit von Mindestlöhnen missbraucht: „Es sind horrende Zahlen im Umlauf, wie viele Menschen angeblich nicht von ihrer Hände Arbeit leben können. Nach den aktuellen Zahlen gibt es gerade einmal 4.100 alleinstehende Vollzeitbeschäftigte, die in Deutschland ganzjährig ergänzendes Arbeitslosengeld-II beziehen.“ Auf Rheinland-Pfalz bezogen wären das rund 200 Menschen.

Diese Thematik ist komplexer, als oft diskutiert: Die Mehrheit der vollzeitbeschäftigten Aufstocker bezieht wegen des familiär bedingten höheren Grundbedarfs und nicht wegen niedriger Stundenlöhne ergänzendes Arbeitslosengeld II. Bei einem Alleinverdiener mit Kindern reichen selbst Stundenlöhne oberhalb der oft geforderten 7,50 € nicht aus, um aus dem Kreis der Aufstocker herauszufallen. Als Argument für einen Mindestlohn eigne sich dieses Instrument der Unterstützung also nicht. Dr. Braun weist darauf hin, dass die Möglichkeit des Aufstockens ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Netzes darstellt: „Die Systematik ist richtig: Wer sich nicht ernähren kann, bekommt von der Gemeinschaft aus Steuermitteln gerade soviel hinzu, dass es reicht.“

Die Zahl der Betroffenen rechtfertige aus Sicht der LVU nicht einen so

Diese Pressemitteilung besteht aus 2 Seiten
8. Mai 2008

Ansprechpartner:
Ansprechpartner:

Marcel Speker
Tel.: (0 61 31) 55 75 31
Mobil: (01 62) 2 64 97 07
Fax: (0 61 31) 55 75 39
marcel.speker@lvu.de

Sperrfrist:

**8. Mai 2008
13:30 Uhr**

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de

intensiven gesetzlichen Eingriff in bestehendes Tarifrecht: „Die Tarifautonomie bedeutet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Höhe der Löhne in Eigenregie aushandeln. Hier darf die Politik weder über gesetzliche Mindestlöhne, noch über Tarifizensur in Branchen mit konkurrierenden Tarifverträgen regulierend eingreifen“, so der LVU-Präsident. Staatliche Lohnfestsetzung sei der falsche Weg.

Hinzu kommen die zu befürchtenden negativen Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt. Man könne, so Dr. Braun, nicht einfach den europäischen Vergleich ziehen: „Mindestlöhne wirken in ihrem jeweiligen Arbeitsmarktumfeld unterschiedlich. Für Deutschland gibt es entsprechende Untersuchungen, wie aktuell vom ifo Institut, die bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro den Verlust von 1,1 Millionen Arbeitsplätzen vorhersagen.“

Im Westen sind nach Aussagen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute immerhin schätzungsweise rund zehn Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse von der Lohngrenze 7,50 Euro betroffen. Im Osten sind es 25 Prozent. Das Szenario, das sich für die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute hier aus ergibt, stellt sich wie folgt dar: „Wenn es nun den Unternehmen gelingt, die höheren Arbeitskosten größtenteils auf die Preise zu überwälzen, hätte dies gravierende Auswirkungen, weil die Nachfrage bei steigenden Preisen sinkt. Häufig sind jedoch die Möglichkeiten begrenzt, erhöhte Arbeitskosten auf die Preise zu überwälzen. Dann werden die Unternehmen mit verstärkter Rationalisierung reagieren, also Arbeitskräfte durch Maschinen austauschen, oder mit der Verlagerung von Produktionsstätten, wenn die heimische Nachfrage nach den entsprechenden Gütern und Leistungen auch aus dem Ausland befriedigt werden kann, wo zu niedrigeren Löhnen produziert wird.“

LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun: „Eine solche Entwicklung kann niemand ernsthaft wollen.“ Wenn die Politiker in Bund und Land jedoch an dieser Zielsetzung festhalten, dann „werden sie gefühlte Gerechtigkeit mit erlebter Arbeitslosigkeit erkaufen“.

Sperrfrist:

**8. Mai 2008
13:30 Uhr**

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de